

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

8. Juli 2013

Irak

Sicherheitslage

Am 01.07.13 kamen durch ein Selbstmordattentat in einer schiitischen Moschee in Muqjadiya (Provinz Diyala) verschiedenen Medienberichten zufolge zwischen neun und 23 Menschen ums Leben. In Baquba (Provinz Diyala) starben bei einem Selbstmordattentat in einem Café acht Menschen, weitere 29 sollen verletzt worden sein. Am 02.07.13 kamen nach offiziellen Angaben bei einer Serie von Bombenanschlägen mehr als 60 Menschen ums Leben, über 100 wurden verletzt. Die meisten Opfer gab es in Bagdad mit über 40 Toten und mehr als 70 Verletzten, als insgesamt neun Sprengsätze explodierten. Weitere Anschläge gab es in Baquba (Provinz Diyala), Mosul (Provinz Ninive) und Samawah (Provinz Muthanna).

Am 03.07.13 kamen bei Anschlägen u.a. in Bagdad und Mosul 14 Menschen ums Leben.

Am 05.07.13 wurden bei Anschlägen in Samarra, Baquba und Kirkuk mindestens 19 Menschen getötet. Die meisten Toten und mehrere Verletzte gab es bei der Explosion einer Autobombe im Zentrum Samarras, in Kirkuk kamen zwei Militante ums Leben. Bei einem Selbstmordanschlag nahe einer schiitischen Glaubensstätte in Bagdad wurden am Freitagabend weitere 15 Menschen getötet und mehr als 30 verletzt.

Laut Pressemeldung wurden in den vergangenen drei Monaten nach Angaben der Vereinten Nationen insgesamt mehr als 2.500 Menschen bei Anschlägen getötet.

Nach Angaben von UNAMI (United Nations Assistance Mission for Iraq) wurden allein im Juni 761 Menschen getötet und weitere 1.771 verletzt. Die am stärksten betroffenen Provinzen seien Bagdad, gefolgt von Salahaddin, Ninive, Diyala und Anbar.

Pakistan

Vollstreckung von Todesurteilen wird in Pakistan wieder aufgenommen

Am 30.06.13 ist das von der Vorgängerregierung beschlossene Moratorium über die Vollstreckung von Todesurteilen abgelaufen. Seit 2008 war lediglich ein Soldat im November 2012 hingerichtet worden. Die neue Regierung unter Führung der Pakistan Muslim League-N (PML-N) wird die Vollstreckung der Todesstrafe nicht länger aussetzen. Der Staatspräsident muss jedes Todesurteil bestätigen, bevor es vollstreckt werden kann. Die Amtszeit des der Pakistan Peoples Party (PPP) angehörenden Staatspräsidenten endet im August 2013. Nach der Niederlage der PPP bei den letzten Wahlen und dem hohen Wahlsieg der PML-N ist damit zu rechnen, dass der neue Staatspräsident durch letztere gestellt bzw. mit deren Unterstützung gewählt werden wird. Die Entscheidung der Regierung zur Wiederaufnahme von Hinrichtungen wird aller Voraussicht nach umgesetzt. Darüber hinaus hat der Sprecher des Staatspräsidenten namens Farhatullah Babar mitgeteilt, dass ersterer die Hinrichtungen auf Bitten der Regierung unter Premier Gilani ausgesetzt habe, aber sich an die Entscheidung der jeweiligen Regierung in dieser Frage gebunden sehe und Hinrichtungen nicht mehr im Wege stehen werde. Täglich sollen bereits Anträge auf Vollstreckung im Präsidentenamt eingehen.

Amnesty International (AI) bezeichnet die Entscheidung der Regierung als schockierend und als einen Rückschritt, der das Leben von Tausenden gefährde. Vielmehr sei ein sofortiges Moratorium der Vollstreckung der Todesstrafe als erster Schritt zu deren Abschaffung geboten. Nach Angaben von AI sitzen über 8.000 Gefangene in den Todeszellen und laufen Gefahr hingerichtet zu werden, wobei sich darunter auch Unschuldige befinden könnten.

Khyber Pakhtunkhwa: Angriffe auf Sicherheitskräfte

Peshawar

Am 02.07.13 gegen Mitternacht griffen Dutzende Militante einen Kontrollposten der Sicherheitskräfte in der Nähe des Shamshato-Gebiets bei Peshawar an, der von Angehörigen der Frontier Constabulary, Polizisten und Hilfspolizisten besetzt war. Der Schusswechsel dauerte zwei Stunden und endete mit sechs Toten und zwölf Verletzten auf Seiten der Sicherheitskräfte. Nach deren Angaben sind auch eine Anzahl Angreifer getötet worden. Ferner wurde Sachschaden an dem Kontrollposten und einigen dort geparkten Fahrzeugen angerichtet. Die pakistanischen Taliban bekannten sich telefonisch durch einen ihrer Sprecher namens Ihsanullah Ihsan zu dem Anschlag.

Am 04.07.13 begannen die pakistanischen Sicherheitskräfte in der Region von Peshawar nahe Mattani eine militärische Kampagne in Reaktion auf den obigen Angriff, bei dem auch zwei Angehörige der Sicherheitskräfte entführt und später getötet worden waren. Bei Zusammenstößen mit Angehörigen der pakistanischen Taliban wurde auf Seiten der Sicherheitskräfte eine Person und auf Seiten der Militanten zwei Personen getötet. Bei den toten Militanten soll es sich um zwei Führungskräfte der pakistanischen Taliban handeln.

Nord-Waziristan

Vier Angehörige der Sicherheitskräfte wurden in der FATA-Agentur Nord-Waziristan am 04.07.13 getötet, als sie versuchten, an dem Boya-Kontrollposten im Kreis Dattakhel ein verdächtiges Fahrzeug zu stoppen. Der Fahrer löste eine Bombe in der Nähe des Kontrollpostens aus.

Punjab: Bombenanschlag auf Einkaufsstraße in Lahore

Am 06.08.13 explodierte eine Bombe in einer Einkaufsstraße im Gebiet Old Anarkali. Fünf Menschen starben und 47 wurden verletzt. Es gab bereits zahlreiche Festnahmen. Die separatistische Organisation Baloch Liberation Tigers soll sich zu dem Anschlag bekannt haben.

Syrien

Al-Jarba neuer Führer der Nationalen Koalition

Die „Nationale Koalition“, das größte Oppositionsbündnis Syriens, wählte den sunnitischen Stammesführer Ahmed Assi al-Jarba (Dscharba) mit 55 der 114 Stimmen des Ratsgremiums am 06.07.13 in Istanbul zu ihrem neuen Führer. Er gehört zur liberalen Gruppe um den Dissidenten Michel Kilo und wird von Saudi-Arabien unterstützt. In den letzten Monaten spielte er eine wichtige Rolle bei dem Versuch, westliche und arabische Staaten davon zu überzeugen, die Rebellen mit Waffen zu unterstützen. Unter den drei neu berufenen Vizepräsidenten befindet sich mit Mohammed Faruk Taifur auch ein ranghoher Vertreter der Muslimbruderschaft. Im April 2013 war der Oppositionsführer Moas (Muas) al-Chatib aus Protest gegen die Untätigkeit der Staatengemeinschaft zurückgetreten; als Interimspräsident hatte George Sabra die Oppositionsgruppe geführt.

Weitere Kämpfe in Syrien

Die syrische Armee setzte die vor einer Woche begonnene Offensive gegen die Stadt Homs fort, die seit mehr als einem Jahr von Rebellen beherrscht wird. Auch in der Stadt und Provinz Aleppo, vor allem in den Städten Nubul und Sahara, und in Damaskus gehen die Kämpfe zwischen den Regierungssoldaten und den Aufständischen weiter.

UN-Sicherheitsrat nicht einig

Am 05.07.13 scheiterte am Widerstand Russlands eine Aufforderung des UN-Sicherheitsrats an den syrischen Präsidenten Assad, Hilfsorganisationen sofortigen Zugang zu rund 2.500 Zivilisten zu gewähren, die in Homs eingeschlossen sind. Nach UN-Schätzungen sind seit Ausbruch der Unruhen in Syrien mehr als 93.000 Menschen ums Leben gekommen, nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte mehr als 100.000.

Drohende Hungersnot

Die Welternährungsorganisation FAO und das Welternährungsprogramm WFP stellten am 05.07.13 in Rom einen Bericht vor, nach dem die Ernährungssicherheit in Syrien für die nächsten zwei Jahre nicht gewährleistet sei, wenn der Konflikt nicht bald gelöst werde. Bereits jetzt könnten sich vier Millionen Syrer nicht aus-

reichend mit Lebensmitteln versorgen. Viele Bauern seien geflohen, Produktionsmaschinen zerstört. Versorgungsgpässe entstehen durch die große Zahl der Flüchtlinge, die hohe Arbeitslosigkeit, die Inflation, hohe Treibstoffpreise und die Sanktionen der EU und der USA. Bis Ende des Jahres könnten nach Befürchtungen der UNO mehr als zehn Millionen Syrer Flüchtlinge im eigenen Staat oder im Ausland sein.

Türkei

Demonstration aufgelöst

Kurz vor der geplanten Wiedereröffnung des Gezi-Parks ging die Polizei am 06.07.13 in Istanbul erneut mit Wasserwerfern und Tränengas gegen ca. 3.000 Demonstranten vor und versuchte, ihnen den Zugang zum Taksim-Platz in der Nähe des Parks zu verweigern. Die Demonstranten hatten sich zuvor in einer Fußgängerzone versammelt, die zu dem Platz führt, und wollten bis in den gesperrten Gezi-Park vordringen. Der Taksim-Platz war das Zentrum der Proteste in den vergangenen Wochen, die mit der geplanten Umgestaltung des nahe gelegenen Gezi-Parks begonnen hatten und sich später allgemein gegen den Regierungsstil von Ministerpräsident Erdogan richteten.

Vergangene Woche wurde zudem erstmals publik, dass ein türkisches Gericht bereits Anfang Juni geurteilt hatte, dass der Umbau des Gezi-Parks unrechtmäßig sei, da die Bevölkerung nicht befragt worden sei.

Libyen

Tripolis: Innenministerium von Milizionären besetzt

Seit dem 02.07.13 halten bewaffnete Milizionäre unbekannter Herkunft das Innenministerium in Tripolis besetzt. Es waren keine Beschäftigten des Innenministeriums vor Ort, als die Milizionäre eintrafen, und es kam zu keinen bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Wachen, die sich zurückzogen. Angeblich verlangen die Besetzer die Entmachtung der aus anderen Milizen bestehenden Sicherheitskräfte namens Supreme Security Committee (SSC), die dem Innenministerium unterstehen. Zum wiederholten Mal verkündete der Justizminister, dass die Regierung einen Plan ausarbeite, der die Auflösung der Milizen zum Gegenstand hat.

Grenzübergang Musaid zu Ägypten vorübergehend geschlossen wegen Fluchtversuch von ägyptischem Führer der Muslimbruderschaft

Libysche Sicherheitskräfte haben am 03.07.13 den libysch-ägyptischen Grenzübergang nach eigenem Bekunden vorübergehend geschlossen. Anlass war der Versuch des Oberhauptes der ägyptischen Muslimbruderschaft Mohamed Badie, nach Libyen zu flüchten. Gegen ihn war vom ägyptischen Militär nach dessen Staatsstreich ebenso wie gegen Ex-Staatspräsident Mohamed Mursi eine Ausreisesperre verhängt worden. Badie wurde in Grenznähe von ägyptischem Militär festgenommen. Der Vorsitzende der Schwesterorganisation der Muslimbruderschaft in Libyen namens Bashir Salim Al-Kibti, dessen Partei für Gerechtigkeit und Aufbau als zweitstärkste Partei im libyschen Parlament sitzt, hat hierzu geäußert, dass jedes Asylgesuch eines Mitglieds der ägyptischen Muslimbruderschaft, das Mitglied der ägyptischen Regierung oder der Jemaah Islamiyah (ägyptische Terrororganisation) war, akzeptiert werden sollte.

Ägypten

Präsident Mursi gestürzt

Nach blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern von Präsident Mursi in den Vortagen setzte am 01.07.13 die Armeeführung unter Verteidigungsminister General Abdel Fattah al-Sisi dem Präsidenten eine Frist von 48 Stunden zur Erarbeitung einer friedlichen Lösung des Konflikts. Präsident Mursi lehnte ein Einlenken und seinen Rücktritt ab. Nach Verstreichen der Frist verkündete Verteidigungsminister al-Sisi im staatlichen Fernsehen die Absetzung des Präsidenten. Als Übergangspräsident wurde der Präsident des Verfassungsgerichts, Adli Mansur, eingesetzt. Zudem wurde die von den Islamisten ausgearbeitete Verfassung aufgehoben.

Übergangspräsident Mansur löste am 05.07.13 den Schura-Rat, die zweite Kammer des Parlaments, auf. Dort verfügten Muslimbruderschaft und Salafisten über 150 der 270 Sitze. (Die erste Parlamentskammer war bereits im Jahr 2012 wegen formaler Fehler des Wahlgesetzes aufgelöst worden.)

Als Premierminister einer Übergangsregierung wurde zunächst der säkular eingestellte Friedensnobelpreisträger Mohammed el-Baradei genannt. Seine Nominierung scheiterte jedoch am Widerstand der salafistischen an-Nur-Partei, die in der Vergangenheit Präsident Mursi unterstützt, sich zuletzt jedoch der Opposition angeschlossen hatte. Als Kompromisskandidat wurde danach der sozialdemokratische Wirtschaftsjurist Siad Bahaa al-Din genannt. Unter Präsident Mubarak war er Leiter der Investment-Behörde gewesen, hatte diesen Posten jedoch bereits vor dessen Sturz aufgegeben. Auch dieser Kandidat scheiterte an den Salafisten, die für das Ministerpräsidentenamt eine politisch neutrale Persönlichkeit wünschen.

Gewalt hält an

Bei Massendemonstrationen am 05.07.13 und in der darauffolgenden Nacht kam es erneut zu blutigen Zusammenstößen von Gegnern und Anhängern des gestürzten Präsidenten. Landesweit starben dabei 36 Menschen. Am Morgen des 08.07.13 kamen bei einer Schießerei vor dem Hauptquartier der Präsidentengarde in Kairo 34 Menschen ums Leben. Die Militäreinrichtung, in der Präsident Mursi vermutet wird, soll nach Armeeangaben von einer „terroristischen Gruppe“ angegriffen worden sein. Der Muslimbruderschaft zufolge sollen Sicherheitskräfte bei einer Demonstration gegen den Sturz von Präsident Mursi auf die Protestierenden geschossen haben. Wegen dieses Vorfalls zog sich die an-Nur-Partei aus den Verhandlungen über eine Regierungsbildung zurück.

Russische Föderation

Prozess gegen Alexey Nawalny

Dem russischen Oppositionellen Alexej Nawalny droht eine lange Haftstrafe. Die Staatsanwaltschaft beantragte am 05.07.13 im Prozess vor dem Lenin-Bezirksgericht in Kirow, den Blogger zu sechs Jahren Gefängnis und zu einer Geldstrafe von einer Million Rubel (ca. 23.000 €) zu verurteilen.

Die Ermittler werfen Nawalny vor, sich im Jahre 2009 als Berater des Provinzgouverneurs von Kirow – einer Industriestadt 600 Kilometer nordöstlich von Moskau – unrechtmäßig bereichert zu haben. Mit einem Kompagnon habe er das Unternehmen WLK gegründet und dann den staatlichen Forstbetrieb Kirowles gezwungen, 10.000 Kubikmeter Holz unter Marktpreis an WLK zu verkaufen. Nawalny beteuert seine Unschuld. „Es gibt keine Beweise“, sagte seine Verteidigerin Olga Michailowa in ihrem Schlussplädoyer. Zeugen hätten ihren Mandanten entlastet. Außerdem beantragte die Verteidigung erneut, dass Aussagen von Wjatscheslaw Opalew nicht für das Urteil herangezogen werden dürften. Der ehemalige WLK-Geschäftsführer hatte im vergangenen Jahr eine Beteiligung an der Unterschlagung von 16 Millionen Rubel gestanden, eine Übereinkunft mit den Ermittlern geschlossen und war zu vier Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Nawalny glaubt, die Ermittler hätten Opalew eine milde Strafe zugesichert, wenn der frühere WLK-Chef im Gegenzug den Oppositionellen belaste.

Hintergrund

Der Blogger ist in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Kritiker von Präsident Wladimir Putin geworden und hatte Fälle von Korruption und Machtmissbrauch in Russland öffentlich gemacht. Er war auch einer der Organisatoren der Proteste gegen den Staatschef 2011 und 2012.

Sollte er tatsächlich zu einer Haftstrafe verurteilt werden, würde er erst nach der nächsten Präsidentschaftswahl 2018 freikommen. Außerdem verlöre er das Recht auf politische Betätigung. Präsident Putin hat Anfang dieses Jahres ein Gesetz in der Duma eingebracht, dass Vorbestraften verbietet, bei Wahlen zu kandidieren.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Tschetschenischer Separatistenführer ruft zum Terror auf gegen die Olympischen Spiele 2014

Der Anführer der radikalen Islamisten aus dem Kaukasus, Doku Umarow, hat zu Terroranschlägen gegen die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi am Schwarzen Meer aufgerufen. Doku Umarow, tschetschenischer Separatistenführer und Russlands Staatsfeind Nummer eins, sagte in einer am 03.07.13 im Internet

veröffentlichten Videobotschaft, die Russen wollten die Olympischen Spiele „auf den Gebeinen vieler begrabener Muslime auf unserem Land am Schwarzen Meer“ ausrichten, was mit allen Mitteln verhindert werden müsse. Die Winterspiele vom 07.02. bis 23.02.14 sind ein von Präsident Putin betriebenes Prestigeobjekt Russlands. Der Austragungsort Sotschi am Schwarzen Meer liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zur Unruhe-region des Nordkaukasus, wo muslimische Extremisten für einen islamischen Staat kämpfen.

Hintergrund

Bewaffneter Widerstand unter der Parole des Jihad wird von einem sogenannten Kaukasus-Emirat koordiniert, das 2007 von dem tschetschenischen Untergrundführer Doku Umarow ausgerufen wurde. Das Kaukasus-Emirat steht in Kontakt zur globalen Jihad-Szene. Doku Umarow und das Kaukasus-Emirat haben u.a. die Verantwortung für die verheerenden Terroranschläge auf den Moskauer Flughafen Domodedowo im Januar 2011 mit 37 Toten und auf die U-Bahn in der russischen Hauptstadt im März 2010 mit 40 Toten übernommen. Demgegenüber steht Umarows überraschender Aufruf vom Januar 2012, in dem er seine Gefolgsleute aufforderte, keine Angriffe mehr gegen Zivilisten durchzuführen.

Kosovo

Serbische Minderheit gegen Normalisierungsabkommen

Die serbische Minderheit hat das am 27.06.13 vom kosovarischen Parlament gebilligte Normalisierungsabkommen mit Serbien infrage gestellt, indem sie sich für selbstständig erklärte. Am 04.07.13 gründeten die Abgeordneten aus den vier serbischen Gemeinden im Norden des Landes in Zvecan ein eigenes Parlament und wählten den Ratspräsidenten der Gemeinde Leposavic, Slavko Stevanovic, zum Parlamentspräsidenten. Die Kosovo-Serben beabsichtigen, auch die für den 03.11.13 geplanten Kommunalwahlen zu boykottieren, die ein Kernstück des von der EU vermittelten Normalisierungsabkommens darstellen.

Kroatien

EU-Beitritt

Zum 01.07.13 wurde Kroatien das 28. Mitglied der Europäischen Union. Das seit 1991 unabhängige Land ist nach Slowenien das zweite EU-Mitgliedsland aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Nigeria

Boko Haram: Massaker an Schülern

Gegen 3 Uhr am Morgen des 06.07.13 griffen vermutlich Angehörige der islamistischen Terrororganisation Boko Haram die in der Stadt Mamudo (Potiskum Local Government Area) des nordöstlichen Bundesstaates Yobe gelegene weiterführende staatliche Internatsschule „Government Secondary School“ an. Laut Augenzeugen kamen die Angreifer mit Benzinkanistern und setzten das Verwaltungsgebäude sowie einen Schlafsaal in Brand. Auf fliehende Schüler wurde geschossen. Laut Angaben vom 07.07.13 wurden bei dem Angriff 31 Schüler und eine weitere Person getötet. Am 07.07.13 ordnete der Gouverneur von Yobe die Schließung aller fortführenden Schulen bis zum Beginn des neuen Schuljahres im September an. Bis dahin sollen neue Maßnahmen zum Schutz der Schüler und Lehrer ergriffen werden.

Simbabwe

Verfassungsgericht bestätigt 31.07.13 als Termin für Parlaments- und Präsidentenwahlen

Das Verfassungsgericht von Simbabwe lehnte am 04.07.13 eine von Premierminister Tsvangirai geforderte Verschiebung der Parlaments- und Präsidentenwahlen um mindestens zwei Wochen ab. Es bestätigte mit dem 31.07.13 den ursprünglich von Staatspräsident Mugabe angesetzten Wahltermin. Tsvangirai, der die Entscheidung des Gerichts bereits akzeptiert hat, wollte vor den Wahlen noch Reformen verabschieden, um die offene Parteinahme von Medien und Sicherheitskräften für Mugabe einzudämmen. Laut Angaben der

SADC („Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft“) wie auch der simbabwischen Opposition werde für die Vorbereitung von fairen und freien Wahlen mehr Zeit benötigt, als es der jetzige Wahltermin zulasse. Bei den Präsidentschaftswahlen wird der 89 Jahre alte Präsident Mugabe, der Simbabwe seit 1980 regiert, erneut gegen Oppositionschef Tsvangirai antreten. Tsvangirai hatte 2008 seine Teilnahme an der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen zurückgezogen, nachdem seine Anhänger landesweit von den Sicherheitskräften und Pro-Mugabe-Milizen angegriffen worden waren. Im Februar 2009 war eine Regierung der Nationalen Einheit mit Tsvangirai als Ministerpräsident gebildet worden.

Indien

Maoistische Rebellen eingekesselt

Mehr als 1.500 Polizisten haben im ostindischen Jharkhand einen Stützpunkt maoistischer Aufständischer umstellt. Die Behörden vermuten in den Wäldern auf dem belagerten Hügel mindestens 250 Rebellen. Im gleichen Distrikt waren Anfang des Jahres in einem Hinterhalt der Maoisten zehn Polizisten erschossen und zehn weitere verletzt worden. Ende Juni starben dort acht Maoisten bei einem Schusswechsel mit der Polizei. Fünf weitere Polizisten waren am 02.07.13 in einem anderen Distrikt des Unionsstaates getötet worden.

Maoistische Rebellen sind in mehr als einem Drittel der Verwaltungsdistrikte Indiens aktiv, lehnen die parlamentarische Demokratie ab und nehmen für sich in Anspruch, für die Armen und Randgruppen der Gesellschaft zu kämpfen. Premierminister Manmohan Singh bezeichnete die Maoisten als die „die größte innere Sicherheitsbedrohung Indiens.“ Seit 2009 läuft eine großangelegte Offensive gegen die Aufständischen. Kritiker mahnen jedoch, dass der Konflikt nur durch politische und soziale Reformen und Fortschritte bei der Entwicklung der vernachlässigten ländlichen Gebiete zu lösen ist.

Explosionen in buddhistischem Tempel

Eine der heiligsten Tempelanlagen der Buddhisten im Osten Indiens war am 07.07.13 Schauplatz einer Serie von Bombenexplosionen. Insgesamt acht kleinere Sprengsätze detonierten nach Polizeiangaben in dem zum UNESCO-Welterbe gehörenden Bodh-Gaya-Komplex, zwei Mönche wurden verletzt. Hinter dem Anschlag vermuten die Behörden die „Indian Mujahideen“, eine Gruppierung, die für mehrere Anschläge in Indien seit 2007 verantwortlich gemacht wird. Angriffe auf Buddhisten sind in Indien eher selten, doch nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen in Myanmar, Sri Lanka und Bangladesch wachsen in der gesamten Region die Spannungen.

China

Gewalt in Xinjiang

Am 28.06.13 schoss die Polizei in der Gemeinde Hanerik nahe der Stadt Hotan (chin.: Hetian) auf bis zu 400 demonstrierende Uiguren. Dabei starben bis zu 15 Menschen. Die Hintergründe sind unklar. Einer Darstellung zufolge kam es zu den Protesten, nachdem Behörden eine Moschee geschlossen hatten und der Imam verhaftet worden war.